

# Nachrichten

Wohnpolitik

## **Genossenschaften sollen mehr Asylbewerber aufnehmen**

Zürich - Gemeinnützige Bauträger wie Genossenschaften oder die Stadt Zürich sind verpflichtet, ein Prozent ihrer Wohnungen an das Sozialdepartement zu vermieten. Momentan werden aber nur 26 Wohnungen auf diese Weise genutzt. Deshalb hat der Gemeinderat die Stadtregierung beauftragt, Sozialhilfeempfängern und Asylbewerbern den Zugang zum gemeinnützigen Wohnraum zu erleichtern. So soll verhindert werden, dass ärmere Menschen unter unwürdigen Bedingungen leben müssen, wie dies in mehreren privaten Zürcher Liegenschaften der Fall ist. Ausser der SVP stimmten am Mittwochabend alle Parteien für den Vorstoss von Walter Angst (AL). Die Stadt soll die Massnahmen ohne Zusatzkosten umsetzen. (*bat*)